

Ansprache von Oberbürgermeister Martin Hebich aus Anlass der Morde von Hanau vor Eintritt in die Tagesordnung der Stadtratssitzung am 27.2.2020

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir trauern um die Menschen, die letzte Woche in Hanau von einem rechtsradikalen Terroristen aus rassistischen Motiven ermordet wurden. Was geschehen ist, macht uns fassungslos, macht uns traurig, aber auch zornig, wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier gesagt hat. Wir sind mit unseren Gedanken bei den Angehörigen der Opfer. Wir fühlen mit ihnen und wollen unsere Anteilnahme und Solidarität mit ihnen zum Ausdruck bringen.

Als vor einigen Jahren die Mordserie des sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrundes“ bekannt wurde, waren wir alle entsetzt, aber auch überrascht. Wer hätte geglaubt, dass sich so etwas in Deutschland ereignen könnte? Als nur ein paar Wochen nach dem Urteil gegen Beate Zschäpe in einer Frankfurter Polizeiwache die persönlichen Daten der Rechtsanwältin Seda Basay-Yildiz ohne Anlass abgerufen wurden und diese daraufhin eine Morddrohung gegen ihre Tochter erhielt, unterschrieben von einem „NSU 2.0“, konnten viele dies nicht fassen. Danach folgte der Mord an Walter Lübcke, der Anschlag auf die Synagoge in Halle, der Prozess gegen die Mitglieder der sogenannten „Revolution Chemnitz“, der zurzeit in Dresden stattfindet, vor zwei Wochen die Enttarnung der rechtsradikalen „Gruppe S.“, die geplant hatte, Moscheen zu stürmen und Moslems zu ermorden, und nun die Morde in Hanau.

Dass in den letzten drei Jahrzehnten in Deutschland ein rechtsradikales Milieu entstanden ist, ist nicht zu übersehen. Wenn beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern Handwerker Lehrstellen nur „national gesinnten“ Jugendlichen anbieten oder Bauunternehmer mit germanischen Runen werben, dann zeigt dies, dass dieses Milieu sich längst nicht mehr auf dumpfe Skinhead-Zirkel beschränkt, sondern sehr viel weitere Kreise zieht.

Ihr Hass gilt Juden, Ausländern, Muslimen, Flüchtlingen, Deutschen mit Migrationshintergrund, Vertretern des von ihnen so genannten „Systems“. Mit Lügen und Verschwörungstheorien wird diesen die Schuld zugeschoben an allem, was tatsächlich oder auch nur vermeintlich schief läuft in unserer Gesellschaft.

Mit den Taten des NSU, dem Mord an Walter Lübcke, dem Anschlag auf die Synagoge in Halle und nun den Morden in Hanau ist aber eine neue Dimension erreicht. Sie machen deutlich, dass Teile dieses rechtsradikalen Milieus mittlerweile zu allem bereit sind.

Diese Taten fanden in einem politischen Klima statt, das sich in den letzten Jahren dramatisch verändert hat. Vom „deutschen Volkstod“, weil migran-tische Familien angeblich mehr Kinder bekämen als Deutsche, oder vom „Bevölkerungsaustausch“, Ausländer statt Deutsche, den „Merkel“ und andere, zum Beispiel – ich zitiere – „der Jude Soros“ pflanzen, ist in rechtsra-dikalen Kreisen schon lange die Rede. Doch nun hört man diese Ver-schwörungstheorien auch in den deutschen Parlamenten, ist auch dort ständig von „Überfremdung“ die Rede, wird versucht, Grenzen zwischen „denen“ und „uns“ zu ziehen, werden Politiker, der Staat und das Gemein-wesen verächtlich gemacht, muss man feststellen, dass völkisches und nationalistisches Gedankengut tatsächlich in unsere Gesellschaft ein-dringt.

„Diese Leute“, so schrieb Kurt Kister vor ein paar Tagen in der „Süddeut-schen Zeitung“ in einem klugen Kommentar, „laden zwar nicht selbst die Pistolen der Mörder. Aber sie schaffen jene Atmosphäre, in denen sich die Mörder nicht als Einzeltäter fühlen müssen.“ Der NSU, der Mörder von Walter Lübcke, der Attentäter von Halle und der Mörder von Hanau haben in der Gewissheit geschossen, es gäbe viele, die so dächten wie sie – aber eben noch nicht so handelten.

Meine Damen und Herren,

in wenigen Wochen jährt sich das Ende des Zweiten Weltkrieges und der Nazi-Diktatur zum 75. Male. Die Gründung der Bundesrepublik, die folgte, war ein politischer und moralischer Neubeginn, Gegenentwurf und Anti-these, die dem nationalsozialistischen Unrechtsregime eine Staatsidee entgegenstellte, die auf den Werten Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtstaatlichkeit basiert. Der Mord an Walter Lübcke, der Anschlag in Halle und nun die Morde in Hanau stellen alle diese Werte in Frage.

Mit Recht haben Politiker aller demokratischen Parteien in den letzten Ta-gen darauf hingewiesen, dass der Rechtsextremismus mit all seinen Er-scheinungen zurzeit die größte Gefahr für unser Land darstellt und der Staat ihn viel intensiver bekämpfen muss als bisher. Wir brauchen eine kämpferische Demokratie. Staatliches Handeln aber reicht nicht aus. Wir alle müssen dem Hass und dem Extremismus, der aus ihm erwachsen ist,

entgegentreten, müssen als Gesellschaft zusammenstehen, müssen uns für Freiheit, Weltoffenheit, Toleranz und Demokratie einsetzen und gegen Populismus, Rassismus, Antisemitismus und Extremismus Stellung beziehen.

Meine Damen und Herren,

der Mainzer Fastnachter Andreas Schmitt – vielleicht haben Sie es gesehen – hat es in einer Büttenrede auf den Punkt gebracht:

„Die Morde von Hanau, die Schüsse auf die Synagoge von Halle, ob Juden, Christen, Muslime, das war ein Angriff auf alle.
Wir leben hier zusammen, die Demokratie wird siegen,
dieses Land werdet Ihr niemals regieren.“

Meine Damen und Herren,

dieses Land, seine Gesellschaftsordnung und seine Menschen – egal, woher sie stammen, egal, welche Hautfarbe sie haben, egal, zu welchem Gott sie beten – sind es wert, dass wir sie verteidigen – vor allem gegen jene, die mit WORT und immer häufiger auch mit MORD die Zeit zurückdrehen wollen.

Ich darf Sie nun bitten, sich zu einer Schweigeminute für die Ermordeten von Hanau zu erheben.